



Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Herrn
Präsidenten des Landtags
- Platz des Landtags -

40190 Düsseldorf

Jägerhofstraße 6
40479 Düsseldorf
Telefon
(0211)4972-0
Durchwahl
4972 - 2627

Datum
28.11.1996



Betr.: **Vorlage an den Unterausschuß „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses;**

hier: **Entwurf des Haushalts 1997 - Einzelplan 12 -
3. Ergänzungsvorlage**

Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der KPMG

Anlg.: - 40 -

Hiermit übersende ich 40 Ausfertigungen meiner Vorlage an den Unterausschuß „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses vom 28. November 1996 - O 1518 - 5/96 - II C 2 - mit der Bitte, diese Unterlagen an die Mitglieder des Ausschusses weiterzuleiten.

In Vertretung


(Gerlach)

Vorlage an den Unterausschuß „Personal“ des Haushalts- und
Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen

Betr.: Entwurf des Haushalts 1997

3. Ergänzungsvorlage

Ergebnisse der Organisationsuntersuchung der KPMG

Die 3. Ergänzungsvorlage - Organisationsuntersuchung FÄ - er-
läutere ich wie folgt:

Die Fa. KPMG hat die Veranlagungsstellen (VST), die Rechtsbe-
helfsstellen (RBST) und die Erlaß- und Stundungsstellen (ERST)
in den Festsetzungsfinanzämtern des Landes NRW untersucht; die
Untersuchung betrifft 11.385 Stellen.
Das endgültige Gutachten der KPMG wird im Januar 97 vorgelegt.

1. Die Vorschläge des Unternehmens gliedern sich in drei
Teile:

- Folgerungen aus der Ausstattung des Veranlagungsberei-
ches mit Bildschirmarbeitsplätzen, die eine Veranlagung
im Dialogverkehr mit dem Rechner ermöglichen - soge-
nannter GFD-Effekt - (Einsparungen sofort möglich).
- Vorschläge zur Verbesserung der Qualität der Bearbei-
tung (im wesentlichen sofort verwirklichbar).
- Vorschläge zur Änderung der Ablauforganisation und In-
tensität der Bearbeitung, sowie teilweise zur Aufbauor-
ganisation und zur Bearbeiterqualifikation (teilweise
erst später verwirklichbar).

Soweit die Vorschläge der Gutachter den **Personalbedarf** quanti-
tativ und qualitativ berühren, lassen sie sich wie folgt glie-

dem (geringfügige Zahlenänderungen im Endgutachten vorbehalten):

Maßnahmen, die zu einer Verringerung des Personalbedarfs führen:

Veranlagungsstelle (VST)

- **Einführung von Gesamtfestsetzung Dezentral (GFD)**

Das Unternehmen hat die Personalbedarfsberechnung der Finanzverwaltung überprüft und unter dem Gesichtspunkt der Einführung einer Automationsunterstützung am Arbeitsplatz des jeweiligen Bearbeiters neu justiert.
Einsparung: 1.213 Stellen.

- **Einrichtung einer Zentralstelle**

Einrichtung einer Zentralstelle mit maschineller/überschlägiger Veranlagung der „einfachen“ „Arbeitnehmerfälle“ mit Stichproben und Plausibilitätsprüfung.

Einsparung (saldiert): 342 Stellen
(mögliche) Steuermindereinnahmen: 199 Mio. DM

- **Vereinfachte Prüfung von Körperschaften und Personengesellschaften**

Einsparung: 148 Stellen.

Umwandlungen: 105 Stellen gehobener Dienst (g.D.) in mittleren Dienst (m.D.)

- **Einrichtung einer zentralen Informations- und Annahmestelle (ZAST)**

Einrichtung jeweils einer Stelle in Eingangsnähe des Finanzamtes, deren Bearbeiter als Ansprechpartner für die persönlich erscheinenden Steuerpflichtigen zur Verfügung stehen.

Einsparung: 43 Stellen.

- **Verzicht auf Bearbeitung von „Arbeitnehmer-Fällen“ mit Einkommen aus Vermietung und Verpachtung durch den gehobenen Dienst**

Umwandlungen: 338 Stellen g.D. in m.D.

- **Bearbeitung von „einfachen“ Fällen mit Gewinneinkünften durch den mittleren Dienst**

Umwandlung: 97 Stellen g.D. in m.D.

- **Sonstige Organisationsmaßnahmen**

- Vollverkennzifferung bei „Arbeitnehmerveranlagung“
 - Erhöhung der Leitungsspanne
 - länderübergreifende Regelung zur Übernahme und Abgabe von Akten
 - Optimierung in der Führung von Listen
 - automationsgestützte Rechtsbehelfsliste
 - Einführung von GFD bei der Veranlagung von Körperschaften und der Gewerbesteuerzerlegung
 - Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung per Datenfernübertragung und zusätzlich als „Schwarz-Weiß-Erklärung“
 - Optimierung der Bearbeitung von Kontrollmaterial
- Einsparung (insgesamt): 299 Stellen.

Rechtsbehelfsstelle (RBST)

- **Zeitaufschreibung**

Neujustierung der Personalbedarfsberechnung

Einsparung: 210 Stellen

- **Verlagerung von „Formularentscheidungen“**

Verlagerung des außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahrens in Fällen der „Formularentscheidung“ in die rechtsbehelfsverursachenden Stellen

Einsparung: 30 Stellen

- **Automationsunterstützung beim Schriftverkehr**

Einsparung: 19 Stellen

- **Automatisierung der Rechtsbehelfsstatistik**
Einsparung: 8 Stellen

- **Erhöhung der Leitungsspanne**
Einsparung: 18 Stellen

Erlaß und Stundungsstelle (ERST)

- **Zeitaufschreibung**
Neuberechnung des Personalbedarfs
Einsparung: 84 Stellen

- **Bildung von Erhebungsbezirken**
bestehend aus ERST, Vollstreckungsstelle und Teilen der
Finanzkasse
Einsparung: 6 Stellen
Umwandlungen: 129 Stellen g.D. in m.D.

- **Sonstiges**
- vereinfachte Prüfung für Anträge auf Verrechnungs-
stundung
- Einführung eines Dialogverfahrens
- Verbesserung der Automationsunterstützung
- Verzicht auf die Anlage von Akten
Einsparung (insgesamt): 50 Stellen.

Maßnahmen, die zu einem Personalmehrbedarf in der VST
führen

Das Unternehmen hat bei seinen empirischen Erhebungen erhebliche Potentiale für Steuermehreinnahmen festgestellt. Um diese zu nutzen, empfehlen die Gutachter als Investitionen:

- **Einrichtung einer Stelle zur Bearbeitungsoptimierung in der Veranlagung (von der Untersuchungsfirma als „Qualitätssicherungsstelle“ [QSST] bezeichnet)**

Mehrbedarf: 606 Stellen

Steuernehreinnahmen (geschätzt): 884 Mio. DM

- **Einführung eines Checklistenverfahrens zur gezielten Auswahl von Fällen für die Betriebsprüfung**

Mehrbedarf: 31 Stellen

- **Neuregelung des Gesetzes über die Neuordnung der Finanzämter (GNOFÄ)**

Maschinelle Auswahl von Intensivprüfungsfällen

Mehrbedarf: 132 Stellen

2. Übersicht

Insgesamt ergeben sich danach **Stelleneinsparungen in Höhe von 2.469 Stellen**, die sich wie folgt verteilen:

VST:	2.044 Stellen
RBST:	284 Stellen
ERST:	<u>141 Stellen</u>
	2.469 Stellen.

Den Stelleneinsparungen stellt der Gutachter „Stelleninvestitionen“ in die VST in einem Volumen von 769 Stellen gegenüber, so daß sich **eine „Netto-Stelleneinsparung“ von 1.700 Stellen** ergibt. Der überwiegende Anteil (ca. 1.400 Stellen) kann nach Auffassung der Gutachter ohne Vorbedingungen im Haushalt 1997 eingespart werden. Die Verteilung auf die einzelnen Funktionsgruppen ergibt sich wie folgt:

Sachgebietsleiter/-innen h.D.	70 Stellen
Sachgebietsleiter/-innen g.D.	53 Stellen
Bearbeiter/-innen g.D.	384 Stellen

Bearbeiter/-innen m.D.	713 Stellen
Datenerfasser/-innen	243 Stellen
Kanzleikräfte (Schreibkräfte)	237 Stellen.

Neben den stellenmäßigen Auswirkungen erwarten die Gutachter bei Realisierung der empfohlenen Maßnahmen ein steuerliches Mehrergebnis von per Saldo ca. 685 Mio. DM jährlich.

3. Vorschläge, die nicht umgesetzt werden sollen

Folgende Vorschläge sollen nach Auffassung der Landesregierung nicht oder derzeit nicht umgesetzt werden:

- **Einrichtung einer Zentralstelle**

Die organisatorische Einrichtung soll derzeit nicht realisiert werden. Ein derart einschneidender Eingriff in die Struktur der Finanzämter bedarf der bundesweiten Abstimmung. Danach könnte die Umsetzung nach Abwägung Steuerausfall ./ . Pauschaleinsparung erfolgen.

- **Bearbeitung von Fällen mit Gewinneinkünften durch den m.D.**

Die Realisierung des Vorschlages könnte derzeit nicht überschaubare organisatorische sowie Führungsprobleme auslösen.

- **Erhöhung der Leitungsspanne in der RBST**

Die Personalkapazitäten werden zur Bewältigung zusätzlicher Führungsaufgaben im Rahmen eines Konzeptes für eine moderne Personalführung benötigt.

- **Mindestbedarf bei den Schreibkräften**

Um auch in den kleinen Finanzämtern den Mindestbedarf an Schreibkräften sicherzustellen, war das vorgeschlagene Einsparvolumen um 59 Stellen zu kürzen.

Alle anderen Vorschläge der Gutachter werden von der Landesregierung akzeptiert.

4. Finanzielle Auswirkungen

Zur Realisierung der Einsparpotentiale sieht der Gutachter einmalige Kosten wie folgt als erforderlich an:

	TDM
Investitionskosten:	13.615
Ausfallkosten durch Schulung:	<u>18.093</u>
Gesamt:	31.708

Für die Umsetzung des Gutachtens erforderliche Kosten für Ersatzbeschaffung (einschließlich Austausch von Terminals gegen Personalcomputer) sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

5. Verstärkung des Außendienstes

Die aufgrund der für die Festsetzungsfinanzämter geplanten Organisationsuntersuchungen abzubauenen Stellen sollen zunächst zur Verstärkung des Außendienstes eingesetzt werden.

Die Landesregierung hat beschlossen:

A. Verstärkung der Betriebsprüfung

Die für die Betriebsprüfung bereits im Haushalt ausgebrachten 220 kw-Vermerke werden gestrichen.

B. Die Steuerfahndung wird um 100, die **Straf- und Bußgeldsachenstellen** werden um 30 Stellen verstärkt. Die kw-Vermerke für den gehobenen Dienst verringern sich danach von 358 um 130 auf 228 kw-Vermerke.

6. Ergebnis

Aufgrund der Organisationsuntersuchung der Veranlagungsstellen, Rechtsbehelfsstellen und Erlaß- und Stundungsstellen in den Festsetzungsfinanzämtern werden folgende **weitere** kw-Vermerke ausgebracht:

Laufbahn-/ Vergütungsgruppe	kw-Vermerke insgesamt	davon	Befristung
höherer Dienst	52	26 26	keine ab 01.01.1998
gehobener Dienst	228	76 76 76	zum 31.12.2000 zum 31.12.2001 zum 31.12.2002
mittlerer Dienst	338	113 113 112	zum 31.12.1999 zum 31.12.2000 zum 31.12.2001
Datenerfassungskräfte			
VI b/VII	188	188	keine
VII	124	124	keine
VII/VIII	<u>60</u>	60	keine
	372		
Schreibdienst			
VII	142	142	keine
VII/VIII	<u>36</u>	36	keine
	178		keine
Summe der kw-Vermerke	1.168	1.168	

Die Einstellungszahlen der Steueranwärter und Finanzanwärter sollen in den Jahren 1997, 1998 und 1999 abgesenkt werden; vorgesehen ist eine gleichmäßig verteilte Absenkung i.H.v. jährlich 95 Anwärtern gehobener Dienst und 130 Anwärtern mittlerer Dienst.

Dem Kapitel 12 050 wird folgender Haushaltsvermerk vorangestellt:

Es wird ein Einstellungskorridor in Umfang von 15. % der im jeweiligen Jahr realisierten kw-Vermerke für Angestellte auf Grund der Organisationsuntersuchung 1996 eingeräumt.

Die globalen Stellenkürzungen für die Angestellten im Kapitel 12 050, Dienstarten 02 und 06, werden um 263 kw-Vermerke vermindert. Davon entfallen auf:

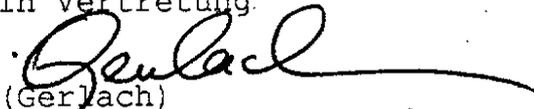
Vergütungsgruppe VI b/VII	
Dienstart 06	23 ab 01.01.1997
Vergütungsgruppe VII	
Dienstart 06	142 ab 01.01.1997
Vergütungsgruppe VII/VIII	
Dienstart 06	57 ab 01.01.1997
Vergütungsgruppe VI b/VII	
Dienstart 06	41 ab 01.01.1998

146 kw-Vermerke der Vergütungsgruppe VI b/VII der Dienstart 06 werden in solche der Dienstart 02 umgewandelt.

Die in Kapitel 12 050 aufgrund der Organisationsuntersuchung 1993 ausgebrachten kw-Vermerke werden aufgehoben:

10 kw-Vermerke ab 01.01.1997 der Besoldungsgruppe
A 13
210 kw-Vermerke ab 01.01.1997 der Besoldungsgruppe
A 9.

In Vertretung


(Gerlach)